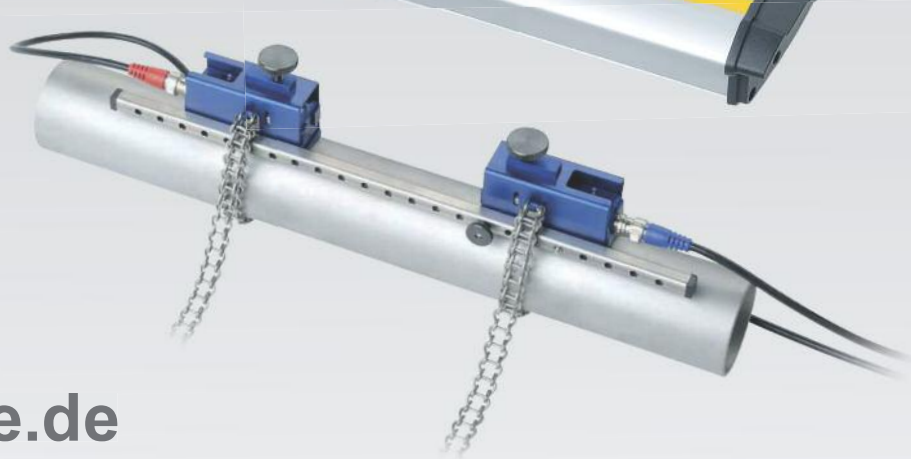


## Clamp-On Ultraschall präzise und einfach messen



[www.molline.de](http://www.molline.de)

### Verwenden Sie bitte den hausinternen Verteiler!

*Denken Sie dabei auch an Ihre Kollegen  
aus den anderen Abteilungen:*

- Bürgermeisteramt/Gemeindedirektor
- Geschäftsleitung
- Amt für Abfallwirtschaft/Stadtreinigung
- Amt für öffentliche Ordnung
- Amt für Umwelt und Naturschutz

- Arbeitssicherheitstechnischer Dienst
- Bauhof/Fuhrpark
- Branddirektion/Kommandant  
freiwillige Feuerwehr
- Garten- und Friedhofsamt
- Hauptamt/Zentraler Einkauf
- Hochbauamt/Bauverwaltung

- Kämmerei/Stadtkasse
- Liegenschaftsamt
- Schul- und Kulturamt
- Sozial- und Jugendamt
- Sport- und Bäderamt
- Standesamt
- Straßenverkehrsamt
- Zentrale Datenverarbeitung

Monatsrate

€95<sup>1</sup>

Exklusives  
Leasingangebot  
für kommunale  
Behörden



## CORSA 3-TÜRER

# DIESES ANGEBOT IST AMTLICH.

Entdecken Sie den Opel Corsa als 3-Türer: mit 1.2-Benzinmotor, 51 kW (70 PS) und 5-Gang-Schaltgetriebe. Für eine Monatsrate<sup>1</sup> von nur € 95 (exkl. MwSt.). Und freuen Sie sich auf die Sonderausstattung mit Metallic-Lackierung, Sicht-Paket oder cleverem Parkpiloten mit Einparkhilfe im Heck.

Eine individuelle Beratung und persönliche Betreuung bietet Ihnen das Opel Firmenkundencenter:  
Tel.: 0180 58010<sup>2</sup>, [info@opel-firmenkundencenter.de](mailto:info@opel-firmenkundencenter.de)

» IAA 2015

[opel.de](http://opel.de)

<sup>1</sup>Leasinggeber ist die ALD Lease Finanz GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg. Leasingvertrag mit € 0 Sonderzahlung, 10.000 Kilometern Laufleistung pro Jahr und 36 Monaten Laufzeit für kommunale Behörden und gleichgestellte Institutionen. Alle Preise verstehen sich zzgl. MwSt. Das Angebot ist bis zum 30.09.2015 befristet. Der vollständige, unterschriebene Leasingvertrag muss bis zum 15.10.2015 bei der ALD Lease Finanz GmbH im Original eingegangen sein. <sup>2</sup>0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Kraftstoffverbrauch innerorts 6,7 l/100 km, außerorts 4,6 l/100 km, kombiniert 5,4 l/100 km; CO<sub>2</sub>-Emission kombiniert 126 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse D





## München zieht die Leute an ...

Das kommt nun wirklich nicht überraschend: München ist in Sachen Lebensqualität die Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Das sagt die weltweite Vergleichsstudie der Beratungsgesellschaft Mercer, New York, die jedes Jahr erstellt wird. Dabei wird die Lebensqualität in 230 Großstädten bewertet. München liegt weltweit jetzt auf Rang 4 – hinter der österreichischen Hauptstadt Wien, der Schweizer Finanzmetropole Zürich und Neuseelands einziger Millionenstadt, Auckland.

Kein Wunder dabei, dass Münchens Lebensqualität immer mehr anzieht. Nicht nur ausländische, sondern insbesondere auch einheimische Fachkräfte. Bis Ende 2018 soll München die 1,6-Millionen-Leute-Grenze überschritten haben. Zehn Jahre später wird sie laut dem Demografie-Bericht der Stadt sogar auf 1,7 Millionen ansteigen. Das wäre ein Wachstum im Vergleich zu jetzt von 13 Prozent.

Eines ist sicher: In den Städten muss mehr gebaut werden, ob in München oder anderswo. Das ist auch das Ergebnis einer Studie des Instituts der Wirtschaft Köln. Die Rheinländer bemängeln, dass im Jahr 2014 nur 245.000 Wohnungen in der ganzen Republik gebaut worden sind. 55.000 zu wenig! Und nur 66.000 Wohnungen entstanden in Städten mit mehr als 100.000 Bewohnern. Hier hätten es jedoch mehr als 102.000 Einheiten sein müssen.

Allein in Berlin müssten bis in fünf Jahren 20.000 neue Wohnungen entstehen. Im vergangenen Jahr wurden in der Hauptstadt aber nur rund 8700 Einheiten gebaut. In München ist diese Zahl noch rund 2000 niedriger, in Hamburg waren/sind es rund 3500 Wohnungen weniger. Und während nach wie vor junge Leute aus strukturschwachen Regionen wie dem Fichtelgebirge, der Eifel oder Teilen Ostdeutschlands (Sachsen, Thüringen) wegziehen, verschärfen sich bekanntermaßen die Probleme in den Städten – siehe unter anderem München ...

Aber die Wirklichkeit auf dem Bau sieht anders aus: Die Dynamik bei den Genehmigungen hat sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres weiter abgeschwächt. „Um den Wohnungsbau in den stark nachgefragten Ballungsräumen wirksam anzukurbeln, müssen insbesondere die steuerlichen Rahmenbedingungen rasch verbessert werden. In den von starker Zuwanderung betroffenen Regionen ist zudem ein Sonder-Investitionsprogramm notwendig, um die dortige Notsituation zu entschärfen“, sagt etwa Axel Gedaschko (56), Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Zu diesem Thema empfehle ich Ihnen auch den Beitrag auf den Seiten 6 und 7 in dieser Ausgabe.

Der GdW hofft daher vor allem auf diese drei politischen Maßnahmen. Wie gesagt Verbesserung der steuerlichen Vorausset-

zungen beim Wohnungsneubau, sprich bessere steuerliche Abschreibungen. Zweitens mehr preisgebundene Wohnungen. Drittens Finanzhilfen des Bunds und der vom starken Zuzug betroffenen Länder für den Neubau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt, verteilt auf fünf Jahre, jeweils 300 Millionen Euro jährlich dafür. Die Regelungen für den bisherigen „Stadtumbau Ost“ sollten auf ein bundesweites Programm übertragen werden.

Es ist wünschenswert, wenn die Politik das Meiste davon aufgreifen würde. Damit nicht nur München die Leute anzieht ...

Mit herzlichen Grüßen aus Stuttgart

Ihr

Florian Peter  
Redakteur

# INHALT

## ZEITGESCHEHEN

- 5 Finanzierung über Umlagen
- 6 „Stadtumbau bestimmendes Thema“
- 8 Kommunen stärker im Fokus
- 9, 11 Aktuelle Meldungen
- 10 Braun-Steine „zeigt Gesicht“

## SPECIAL: GERÄTSCHAFTEN FÜR KOMMUNEN



- 12 Rutschfrei durch den Winter
- 14 Schnee und Eis gut im Griff
- 18–19 Meldungen zum Schwerpunkt
- 20 Ruhe ist die erste Bürgerpflicht
- 22 Weitere Meldungen
- 23 Flüsterleises Großreinemachen
- 24 Aufgeben gibt's nicht
- 25 Mit Lärm ist jetzt Sense
- 26 Sauberkeit im Rampen-Licht

## DIE REPORTAGE

- 28 Beamten wird richtig eingezehrt

## SCHWERPUNKT: SANIERUNG ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN

- 30 Prima Klima statt rauer Kasernenton
- 32 Bitumen kann günstiger sein
- 34 Fans drohen keine Ausrutscher mehr
- 36 Mit HANV zum Rekord
- 38 Fahrgäste kommen gut zum Zug
- 40 Kostensparen das beste Rezept

## KOMMUNEN

- 43 Hoch hinaus!
- 44 Historie in LED-Licht gesetzt
- 45 Aktuelle Meldungen

## AUSSENANLAGEN

- 46 Alleschlucker mit großem „Hunger“
- 47 Schöne Steine, köstliche Weine
- 48 Ein „schlagkräftiges“ Argument
- 49 Sprühnebel statt Wasserbecken
- 53 Schritte zur Barrierefreiheit
- 54 Chance zur Stadtumgestaltung

## FUHR- UND MASCHINENPARK

- 56 Für größere und kleinere Sprünge
- 57 Voll vernetzt in die Bulli-Zukunft
- 58 In der Tiefe auf der Höhe
- 59 Verbrauchssenkung im Visier

## COMPUTER & CO.

- 60 Keine Zeit mehr zu verlieren
- 62 Stadtwerke als treibende Kraft
- 64 Im Westen doch was Neues

## 65 VORSCHAU KBD 10/2015

## 66 A-Z FÜR DIE KOMMUNALE BESCHAFFUNG

## 67 ANTWORTSCHEIN

## Zum Titelfoto



Der nachträgliche Einbau eines Kältezählers erfordert einen enormen installationstechnischen Aufwand und ist in bestehenden Anlagen nicht ohne Betriebsunterbrechung durchführbar. Mit dem Einsatz eines Clamp-On-Ultraschallkälte-

zählers von WDV/Molliné können die benötigten Messdaten ohne Eingriff in die Leitungsanlage und auch ohne Betriebsunterbrechung erfasst werden. Seite 40

## Impressum

### KBD Kommunalen Beschaffungs-Dienst

erscheint im Verlag Dieter A. Kuberski GmbH  
Postfach 10 27 44, 70023 Stuttgart, Tel. 0711/238 86-0

**Herausgeber:** Dieter A. Kuberski

**Objektleitung, Produkt-/Firmennachrichten:**  
Norbert Müller, Tel. 0711/238 86-11, n.mueller@kbdonline.de

**Anzeigen:** Matthias Baier, Tel. 0711/238 86-21,  
anzeigen@kbdonline.de

**Druckunterlagen:** Renate Werland, r.werland@kbdonline.de

Es gilt Preisliste Nr. 35, gültig ab 1.1.2015

**Redaktion:** Florian Peter, redaktion@kbdonline.de


**Layout:** Ruprecht & Ulrich Wassmann GbR, u\_wassmann@t-online.de

**Druck:** Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG,  
Zeppelinstr. 116, 73730 Esslingen

**Erscheinungsweise:** 10-mal im Jahr; 35. Jahrgang

**Abogebühren:** € 44,- pro Jahr

Druckauflage 11.100 Exemplare,  
ISSN 0930-6439

 Angeschlossen der Informations-Gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern. – Sicherung der Auflagenwahrheit.

Kommunen und der ÖPNV

# Finanzierung über Umlagen

**Die kommunalen Haushalte steuern auf eine gewaltige Finanzierungslücke im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu. Städte, Landkreise, ÖPNV-Unternehmen und Verkehrsverbände prüfen neue Finanzierungsformen, um die anstehenden Investitionen finanzieren zu können. Die überragende Mehrheit von 80 Prozent favorisiert Umlagemodelle, bei denen neben den tatsächlichen Nutzern auch Drittnutzer des ÖPNV einen Beitrag leisten. Nur 14 Prozent können sich dagegen private Formen der Finanzierung vorstellen. Dies ergibt die Studie „ÖPNV-Trendreport 2015“ von Rödl & Partner.**

„In der Finanzierung des ÖPNV steht eine Trendwende bevor. Die Kommunen brauchen einen neuen Finanzierungsmix für den ÖPNV, um Investitionen stemmen zu können. Dies betrifft nachholende Sanierung, Erhaltungs- sowie Ausbau und Zukunftsinvestitionen. Für die Einbeziehung von Drittnutzern bestehen aber hohe rechtliche Hürden. Zudem gibt es gesellschaftliche Akzeptanzprobleme. Denn mögliche Drittnutzer leisten bereits jetzt über die Grundsteuer, die Gewerbe- und die Mineralölsteuer einen Beitrag“, erklärt der Verkehrsexperte Jörg Niemann von Rödl & Partner, der die Studie durchgeführt hat. „Überraschend ist das klare Votum gegen private Investoren. Hier dürften auch die schlechten Erfahrungen mit PPP-Modellen mitschwingen. Kommunale Akteure befinden sich häufig

„nicht auf Augenhöhe“ mit privaten Investoren, sodass sich diese Modelle für die Kommunen häufig nicht rechnen.“

Die Sicherstellung der künftigen ÖPNV-Finanzierung ist eine der drängendsten Fragen der Branche. Bundes- und Landeszuweisungen sind seit Jahren rückläufig. Die Kommunen sind vielfach an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Zudem werden technologische Entwicklungen im Bereich der Mobilität zu steigenden Kosten im ÖPNV führen. Verstetigt sich diese Entwicklung, fehlen zur Erhaltung des Systems in zehn Jahren etwa 14 Prozent des Gesamtbedarfs zuzüglich der Kosten für nachzuholende Sanierungen. Rödl & Partner hat im Trendreport untersucht, welche Formen der Finanzierung in der Zukunft präferiert werden. 172 Topentscheider aus Städten/Landkreisen, ÖPNV-Unternehmen und Verkehrsverbänden wurden über die künftige Finanzierung befragt. Die Ergebnisse zeigen klare Tendenzen auf:

- Über 90 Prozent der Befragten messen möglichen neuen Finanzierungsformen eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei.
- Mehr als 80 Prozent befürworten Umlagemodelle als dritte Säule der ÖPNV-Finanzierung. Diese Umlagemodelle sollen den bestehenden Finanzierungsmix aus Nutzerfinanzierung und öffentlicher Ko-Finanzierung ergänzen.
- Eine klare Absage erteilt die Branche einem fahrscheinlosen ÖPNV. Lediglich 1,2 Prozent sprachen sich da-



Der Öffentliche Personennahverkehr belastet die Haushalte der Kommunen immer mehr. Neue Modelle der Finanzierung müssen her.

- für aus. Das von der Piraten-Partei favorisierte Modell ist aus Sicht der Branche ungeeignet.
- Unterschiedliche Auffassungen bestehen bei der Eignung konkreter Vorhaben wie etwa Bürgerticket, Umwelt- oder Parkraumabgabe sowie die Citymaut oder eine Ausweitung der Grundsteuer.
- Private Finanzierungsmodelle werden künftig keine entscheidende Rolle spielen. Lediglich 14 Prozent der Befragten sprachen sich für Einbeziehung privater Finanzierungsformen aus. Damit präferiert die Branche einen anderen Ansatz als die Bundesregierung.

Kennwort: **ÖPNV**

**«Kommunalfahrzeuge in Perfektion»**

**Das komplette Kommunalangebot**

VM 3500

VM 1400

VM 1800

**Viktor Meili AG für Konstruktionen und Spezialfahrzeuge**  
 8862 Schübelbach | Tel. 055 225 01 01 | www.vmeili.ch | info@vmeili.ch

Kennwort: **Viktor Meili**